

# Christliche Familie aus Irak bekommt kein Asyl: Muslimische Bamf-Angestellte lehnte Antrag ab

von Kathrin Sumpf

[Veröffentlicht am 18.02.2017 von EpochTimes](#)

Eine christliche Familie, die vor radikalen Muslimen im Irak geflohen ist und in Deutschland Asyl beantragte, wurde abgelehnt - ausgerechnet von einer muslimischen Angestellten im Bundesamt für Migration NRW.

- Christen werden in einigen muslimischen Ländern verfolgt, so auch im Irak. Eine christliche Familie floh nach Deutschland und stellte in NRW einen Asylantrag – doch ihr Antrag wurde abgelehnt.

Die Familie klagt gegen die Entscheidung und zweifelt die Objektivität der Ablehnung an – weil die zuständige Angestellte im BamF ein Kopftuch trug und Muslimin sei, schreibt die [„Welt“](#).



Muslima (Symbolbild).Foto: Sebastian Kahnert/Symbolbild/dpa

## **Bosbach: Wieso entscheiden Muslime über Asylanträge von Christen?**

CDU-Innenexperte Wolfgang Bosbach wurde von der Familie um Unterstützung gebeten. Er ist für den entsprechenden Wahlkreis Bundestagsabgeordneter. Er zeigte [„Verständnis für die Besorgnis der Antragsteller“](#).

So könne er nicht nachvollziehen, wieso Muslime im Bundesamt für Migration darüber entscheiden, ob Christen, die vor radikalen Muslimen geflohen seien, Asyl in Deutschland erhalten oder nicht.

Nach Angaben von Wolfgang Bosbach befürchtet die Familie nun, dass *„über ihre Klage jetzt auch noch von einer Richterin entschieden wird, die ebenfalls ein Kopftuch trägt“*.

## **Das BamF hat damit kein Problem**

*„Grundsätzlich gilt: Frauen dürfen am Arbeitsplatz ein Kopftuch tragen, und der Arbeitgeber kann das nur einschränken, wenn es sachliche Gründe dafür gibt wie beispielsweise Sicherheit am Arbeitsplatz, Störung des Betriebsfriedens etc.“*, erklärte eine Sprecherin des Bundesamtes.

Wolfgang Bosbach ist nicht von der Antwort überzeugt: *„Offensichtlich ist es für das BAMF kein, sachlicher Grund‘, wenn Asylbewerber befürchten, dass die Interviewerinnen oder Entscheiderinnen beim BAMF ihren Antrag nicht völlig unbefangenen, neutral und frei von Vorurteilen prüfen könnten“*, sagt der Abgeordnete. *„Diese Argumentation ist für mich nicht nachvollziehbar.“*